

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 13. Juni 1903.

№ 67.

## Lehrlingszuchterei betreffend!

Die vom Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker in den letzten Wochen herausgegebenen Fragebogen zur Feststellung der augenblicklichen tariflichen Verhältnisse im Gewerbe sollten Material erbringen, das vom Reichskanzleramt zur Vervollständigung der Petition des Tarif-Ausschusses auf gesetzliche Einführung der tariflichen Lehrlingszucht in unserm Gewerbe verlangt wurde. Bei der Menge noch ausstehenden Materials ist es unmöglich, dasselbe rechtzeitig zu gedachtem Zwecke zu verarbeiten und muß dessen spätere Nachlieferung beantragt werden. Dringend notwendig aber ist es, möglichst sofort festzustellen, in welchen Buchdruckereien wirkliche Lehrlingszucht getrieben wird. Die bis jetzt vorliegenden Angaben sind so unzureichend, daß damit der Glaube erweckt werden könnte, als wären die Klagen über Lehrlingszucht in unserm Gewerbe rein aus der Luft gegriffen; und doch ist es wesentlich anders. Mit Angaben, wie sie vielfach vorliegen, z. B.: daß diese Buchdruckerei bei zwei Gehilfen mit vier Lehrlingen arbeitet, jene mit überhaupt keinem Gehilfen, und eine dritte nur Lehrlinge beschäftigt, ist der Sache selbstverständlich nicht im geringsten gebient; das ist kein Beweismaterial für unsere Petition. Ich richte deshalb an alle Kollegen, namentlich aber an die Herren Verbandsfunktionäre, wiederholt die dringende Bitte, Lehrlingszuchtereien sofort namhaft zu machen; auch diejenigen Kollegen bitte ich, ihre Angaben zu wiederholen, wenn solche etwa auf den bereits eingesandten Fragebogen enthalten waren. Selbstverständlich müssen die Angaben auch den Tatsachen entsprechen und sich bei späteren behördlichen Nachforschungen als zutreffend erweisen.

Berlin, 9. Juni 1903.

Paul Schliebs, SW 48, Friedrichstraße 239.

## Wahlbetrachtungen.

Der Volksmund sagt, daß Aufregung schädlich sei, natürlich nur für den, der sich aufregt. Dem kann man gewiß nur beistimmen, und noch dazu in unserer wahnwitzigen automobilistischen Zeit, wo sogar Länder verbindende Expresszüge nur noch als wiedermeierisches Spiel eines Schneckenzuges der schwäbischen Sekundärbahnen den Zeitgenossen des Sonntags Stoff zur Erheiterung und Unterhaltung in der Schänke bieten. Auch die Zeit einer Reichstagswahl ist reich an Aufregungen. Da ist es denn gut und loblich, daß uns wenigstens die schädlichen Aufregungen allzu häufiger Reichstagswahlen erspart bleiben, wobei sich bloß unnützerweise die Gemüter erhitzen und doch so ziemlich alles beim alten bleibt. Es war daher nur eine weise und menschenfreundliche Fürsorge, wofür der aus „freier“ und „unbeeinflussten“ Wahlen hervorgegangene, den unverfälschten Willen des deutschen Volkes bekundende Kartellreichstag von 1887 für ewige Zeiten ausgehauen gehört — wie weiland das Fräulein des Königs Leist auf der Zementtonne in Ostafrika —, daß er das misera contribuiens plebs nur alle fünf Jahre einmal sich an sein Recht als Staatsbürger dunkel erinnern läßt. Jawohl, höchste Anerkennung gebührt dieser fürsichtigen Tat im Dreikaiserjahre, denn, lieber Leser, es ist nicht gut und nicht gesund, daß sich der biedere „Untertan“ einbilde, er habe überhaupt etwas zu sagen oder gar zu bedeuten im deutschen Vaterlande, dessen Bewohnern kein Haar vom Haupte fällt, ohne daß es der Schutzmann weiß — und das Wissen eines Schutzmanns ist grenzenlos. Bloß das weiß er nicht, wie anno 1903 dank des Pobjadowskischen Folterraumes, System Zellengefängnis, der Reichstagswähler abstimmt. Das wäre ja alles ganz gut und schön, wenn bloß gewisse Leute im Königreiche Stumm oder in Ostelbien nicht mit den Augen „über den Jaun steigen“ oder wie in Badesäufsern Böcher in die Wände bohren, um sich sündhafter Weise an der politischen Keuschheit des Wählers zu delectieren. Na, die Herren werden sich auch ohne unsere, allerdings nicht patentierten Ratsschlüge schon zu helfen

wissen und die Not macht erfindertisch, denn da oben, wo sich die Füchse und Hasen Gute Nacht sagen und der „Herr Lehrer“ den Mistarren als Hochzeitskutschke benutzt, oder dort, wo der russische länderhungrige Grenzadler nach Deutschland unbeweglich herüberstarrt, wird die eingeborene Intelligenz schon zu verhindern wissen, daß „Spezialdemokrat, votes, verfluchtes“ gewählt wird.

Das ist auch gar nicht notwendig, denn wenn der Wähler in diesen Tagen eine Zeitung zur Hand nimmt — sei es eine preußisch-schwarze, bayerisch-blaue oder sächsisch-grüne —, so ist er starr vor Staunen ob all der seltenen und seltensten Vorzüge, welche die Kandidaten der „vereinigten Zinken“, des katholischen „Zentrums“ oder der konservativen „Rechten“ zieren, von den auch passablen Eckenstehern der verschiedenen anderen Parteien oder Fraktionen gar nicht zu reden. Das Herz laßt einem im Leibe, was für prächtige Kerle da in den Reichstag hineinkommen — wenn sie gewählt werden. In so einer Wahlversammlung möchte man sich wie weiland der mythische Odysseus festbinden lassen, bloß um nicht dem feinen event. Wählern den Himmel auf Erden versprechenden Kandidaten begeisterungsvoll in die Arme zu stürzen. Würde es nach all diesen Reden und Artikeln und Versprechungen gehen, dann könnte die Sozialdemokratie nichts besseres tun, als bei Nacht und Nebel laut- und spurlos zu verschwinden. Es grenzt ans Abscheuliche, was da alles zu den Arbeitern „herabsteigt“ und um ihre Stimmen wirbt, denn hier gilt das Wort in seiner buchstäblichen Bedeutung: Die Masse muß es bringen!

Auch wir Gewerkschaftler haben zu der wichtigen Frage der Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Es ist dabei vollständig überflüssig, nach Art anderer Arbeiterblätter das Frage- und Antwortspiel zu wiederholen: Welche Partei hat in den letzten fünf Jahren im Reichstage die Gewerkschaftsinteressen vertreten? Dieses Frage- und Antwortspiel wird sich so lange wiederholen, bis einmal die Gewerkschaften selbst direkt einen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben werden, ein Zustand, den wir erstreben und der einmal Tatsache werden wird,

weil er aus der Entwicklung sich naturnotwendig ergibt und weil die politischen Verhältnisse nichts weiter sind als der Ausdruck der wirtschaftlichen Zustände. Daß bei uns in Deutschland noch hinzukommt der ganze Jammer des blödesten Bürokratismus und Affessorismus, der politische und soziale Stumpfheit weiter Schichten des sogen. Mittelstandes und ein ekelhafter Surrah-Patriotismus (so lange er Geld einbringt), von alldeutscher Wasserpantscherei gar nicht zu reden, verzerrt noch das Bild der ganzen Trostlosigkeit deutscher Zustände, deren Tendenz aber wie in allen Ländern mit moderner Produktionsweise im Großkapitalismus zu suchen ist.

Es lag immer und liegt die Sache auch heute noch so, daß keine Beschlußfassung des Reichstages in den verschiedensten politischen Angelegenheiten sich immunisieren kann von den wirtschaftlichen Grundlagen und Interessen der herrschenden Gesellschaft. Selbst wenn der Regierung weitgehende Heeres- und Flottenvermehrungen bewilligt werden, ist selten das Interesse des Vaterlandes und die eigne Opferwilligkeit maßgebend — „ohne Kanitz keine Rähne“ —, denn sonst würden die Mehrheitsparteien sich nicht so wütend gegen eine progressive Einkommensteuer wehren, im Grunde genommen handelt es sich bei solchen Bewilligungen um den dadurch erhofften größeren Schutz des Kapitals, um die „Bekämpfung des innern Feindes“ und um das Prinzip: Ich gebe, damit du gibst! Das lehrt uns an tausend Beispielen der zu seinen Vätern versammelte Reichstag von 1898.

Bei aller berechtigten und notwendigen Kritik der vielfach volksfeindlichen Tätigkeit dieses Reichstages darf man aber nicht so kurzichtig sein, z. B. über die Zolltarifbeschlässe verschiedene mehr oder minder wichtige Verbesserungen der Invaliden- und Krankenversicherung, des Gewerbegerichtsgesetzes, des Arbeiter- und Kinderschutzes zu vergessen, wie auch verschiedene andere zu gunsten der Arbeiter ausgefallene Probleme über kurz oder lang plastische Gestalt gewinnen müssen, weil die Kultur keinen Stillstand kennt, weil der Druck von unten immer mächtiger, die Unzufriedenheit immer größer, die innerpolitische Lage des Staates immer gefährlicher wird und ohne Konzessionen an das Volk die Gesellschaft ihren eignen Bestand bedroht. Sie muß und wird sich der kulturellen Entwicklung andenkmen, darin liegt eben die Bedeutung auch des kleinsten Fortschrittes, und darum darf über den Parteikämpfen nicht vergessen werden, daß die kleinen unscheinbaren Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialreform in den letzten fünf Jahren mehr in den Vordergrund gerückt werden müssen, weil sie bleibende Er-rungenschaften darstellen, während solch sozialpolitisch krankhafte und widernatürliche Erscheinungen wie die Buchthausvorlage jetzt und für immer nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung haben. Unser ganzes politisches Leben ist aber auf den Parteikampf zugespielt. Daraus erklärt sich, und namentlich zu Wahlzeiten, daß hüben wie drüben von einem ruhigen Urteile, von einer gerechten Abwägung der beiderseitigen Interessen und Rechte, von einer Anerkennung des von dieser oder jener Seite geschaffenen keine Rede sein kann. Stimmen

und Mandate, das ist der Kulminationspunkt für die einzelnen Parteien im Wahlkampfe, um diesen Pol dreht sich alles in Versammlungen und Versammlungen; alles andre fällt glatt zu Boden. Das ist bedauerlich, aber es ist so.

Nach diesen Darlegungen könnte man uns ganz gut im Verdachte haben, daß wir vom verflochtenen Reichstage nach dem Sprichworte *De mortuis nil nisi bene* nur Gutes zu reden hätten. Gewiß, das wünschen wir alle, daß man dies einmal könnte. Aber so lange die Arbeiter selbst von ihren eignen Parlamenten nicht immer gutes zu reden wissen, werden wir noch lange warten müssen, bis ein Parlament uns Anlaß zur Befriedigung gibt, in dem objektive wirtschaftliche Gegner und ein großer Teil erbitterter Arbeiterfeinde das Heft in den Händen haben. Da gibt es Leute à la Rösike, die einer Ehrlichkeit und fortschrittlichen Sozialreform das Wort reden, die als Arbeitgeber auch den Bedürfnissen der Arbeiter und der Zeit entgegenkommen und mit den Sozialdemokraten gegen die Reaktion ankämpfen, die à la Kropatschek-Zolpatschek verlangen: „Man muß der Bestie einen Zaum anlegen“ und „man muß die Sozialdemokratie aus einem Subjekte der Gesetzgebung zu ihrem Objekte machen.“ Herr Kropatschek, der Redakteur der ultrareaktionären Kreuzzeitung, ist bekanntlich jener temperamentvolle Herr, der einmal einem Redner der Linken zurief: „Maul halten!“ Darin liegt eigentlich das ganze Programm der Konservativen in Arbeiterfragen. Sein Parteigenosse Graf Arnim tat ein übriges, indem er bei einer Rede Bebels, in welcher dieser das Gland eines Arbeiterkinde schilderte, dazwischen rief: „Der Vater hat vielleicht alles verflochten!“ So sind sie fast alle, die Konservativen. Darum müßte es unser Erachtens Pflicht aller freisinnigen Elemente im Reichstage sein, sich zusammenzuschließen, nicht bloß bei der lex Heinze, bei der Buchhausvorlage und beim Zollgesetz, sondern bei allen Fragen, die der Reichstag im Volksinteresse entscheidet oder wenigstens entscheiden sollte. Dazu ist aber innerhalb und außerhalb des Reichstages eine Politik des Kompromisses und der dauernden Verständigung notwendig unter Ausschaltung der Parteischablone, so sehr auch die Reaktionen der Revolution à la Kautsky gegen diesen „Millerandismus“ wüten mögen.

Wo findet man aber für ein solches Programm den besten Boden? Auf dem Wirtschaftsgebiete, wo heute schon Arbeiter und Unternehmer Verträge schließen zum Schutze ihrer beiderseitigen Interessen. So sehr ein falscher Radikalismus vor Jahren in der Tarifgemeinschaftsfrage eine „Versumpfung der Arbeiterbewegung“ erblickte und die Anbahnung und Verwirklichung solcher Bestrebungen zu vereiteln suchte, die Entwicklung ist über jene radikale Phraseologie hinweggegangen. Steht die deutsche Arbeiterchaft und das Unternehmertum bezüglich solcher wirtschaftlicher Verträge auch noch im Anfangsstadium, das eine ist unbestreitbar: die Entwicklung auf dem Wirtschaftsgebiete bewegt sich in dieser Richtung. Daß hier alle Erfolge nur langsam heranzukommen, nimmt ihnen nichts von ihrer Bedeutung. Und jeder Fuß breit Boden, der durch diese Arbeit erobert wird, ist für die Kultur gerettet. Wie die Buchdrucker bereits heute vereint die Gesetzgebung für ihre wirtschaftlichen Interessen in Bewegung setzen können, wird einmal im ganzen deutschen Wirtschaftsleben von Unternehmern und Arbeitern ein bestimmender Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt, ein wirklicher Schutz der nationalen Arbeit erzwungen werden. Andererseits werden die produktiven Stände des Reiches einmal auch durch ihre Vertreter das Reichstagshaus bevölkern, weil es sich in letzter Instanz auch in der Politik um die wirtschaftlichen Interessen des Volkes handelt. Es ist eine zwingende Logik, der wir wiederholt Ausdruck verliehen, daß in absehbarer Zukunft auf Grund ihrer Zahl, Bedeutung und Arbeit Unternehmer und Arbeiter, Bauern, Handwerker und Beamte aus ihren Organisationen heraus eine Vertretung im Parlamente suchen müssen. Wir

sind der Ueberzeugung, daß einmal die Zeit kommen wird, wo ein anderes Fundament für die Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen des Volkes gefunden wird als die Parteivertretung. Dieses Fundament sind die wirtschaftlichen Organisationen des Volkes. In ihnen wird erzogen und gebildet, was als bewußte und schaffensfähige Kraft im Wirtschaftsleben tätig ist. Hier wird das Verantwortungsfühl geweckt und vertieft, der Blick erweitert für das Wirkliche und Mögliche und mit zäher Ausdauer ein erreichbares Ziel verfolgt ohne Effekthascherei und über alle Schwierigkeiten hinweg. Mit einem Worte: alle spekulativen Theorien müssen ausgeschaltet und an deren Stelle das einzig und allein mögliche, aussichtsreiche Prinzip der rastlosen Alltagsarbeit gesetzt werden. Zu ihr muß sich ohne Winkelzüge und Verklammerungen offen und ehrlich bekennen, wer in der Not der Zeit seinen Mann stellen will, wer weiß, daß aller Fortschritt nur langsam heranzukommen und daß keine Ewigkeit zurückrufen kann, was der Augenblick versäumt. So in der Entwicklung stehend und mit ihr gehend, wird die Menschheit ihre Ziele erreichen — oder nie!

Da nichts gewaltfam geändert werden und, um mit Bebel zu reden, eine Gesellschaftsordnung nicht wie ein Anzug gewechselt werden kann, „sie muß werden“, so haben wir in diesem Entwicklungs- und Werdegange alle — gleichviel ob Arbeiter oder Unternehmer — ein Interesse daran, daß die Grundbedingungen für die neue Gesellschaft durch gemeinsame Arbeit geschaffen werden, weil eine neue Gesellschaft eben alle Schichten der Bevölkerung umfaßt. Keine einzelne Partei wird jemals eine Gesellschaftsordnung nach ihrem Geschmack ins Leben rufen können, mag die einschlägige Theorie auch noch so tadellos aussehen.

Ist es nicht bereits eine bis weit ins Bürgertum hinein sich erstreckende Erkenntnis, daß die Dinge so, wie sie heute liegen, nicht weiter gehen können, hat nicht das neue Zollgesetz mit seiner Bedrohung günstiger Handelsverträge in weiten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft, bei Handwerkern, Beamten, Gelehrten, Kommunalverwaltungen usw. schwere Besorgnisse und Proteste hervorgerufen, hat nicht erst jüngst der Sozialpolitiker Dr. Hise, ein Zentrumsmann, geschrieben, daß unsere Gesellschaft drohe zu Grunde zu gehen, wenn die Arbeiter hungern und müßig gehen, und einen „Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt“, den Sozialismus gefordert, wäre jetzt nicht die Zeit gekommen für die Führerin in diesem Kampfe, die Sozialdemokratie, sich auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, um nicht bloß gelegentlich im Parlamente, sondern in jedem Betracht im öffentlichen Leben mit allen vorwärts strebenden, aber prinzipiell auf dem Boden der Evolution stehenden Volksschichten wirtschaftlich und politisch bündnisfähig zu werden bei der Wahrung von Volksrechten und dem Kampfe gegen die Ausplünderung des Volkes durch eine handvoll brutaler Krant- und Schlotjunker und faulenzender Dividendenkluder? Da die Sozialdemokratie ja fortgesetzt behauptet, sie wolle die friedliche Entwicklung, so kann sie ja unbedenklich ihr Programm danach umgestalten, will sie das nicht, dann wird sie in ihrer Einseitigkeit stagnieren trotz aller äußeren Erfolge. „Völkerverständnis! Völkerfriede!“ sagt der Wahlausruf der sozialdemokratischen Partei. Nun, was schweiffst du in die Ferne, sieh, das Gute liegt so nah!

Wenn wir auf der einen Seite feststellten, daß auf dem Gebiete der Sozialreform der verflochtene Reichstag einiges geleistet hat, obwohl mehr zu wünschen gewesen wäre, so haben sich für diese Bewilligungen die herrschenden Parteien recht gründlich schadloß gehalten. Das Zollgesetz, das Fleischbeschaugesetz, die Brennsteuer, die Ausfuhrprämien sind so „kleine Geschenke, die die Freundschaft erhalten“. Das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit“! Von einem Schutze der nationalen Arbeiter können die Tschechen, Polacken und Italiener erzählen, die vom „nationalen“ Unternehmern-

tume zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter en masse importiert werden. So werden die „vaterländischen Interessen“ gewahrt, wenn Arbeiter in Frage kommen. Wie mit den Millionen gewirtschaftet wurde für Heer und Flotte, bei der chinesischen Pantomime, in der Kolonialpolitik bedarf an dieser Stelle keiner ausführlichen Schilderung. Dazu für die Arbeiter die „Löbtauererei“ ein gros und en détail, für Beleidigungen von „ganz besonders nützlichen Elementen“ die bekannte „schwerste Strafe“, für den „lieben Prosper“ Sekt und nach Bedürfnis ein „süßes Mädel“. Die Interpellation der Sozialdemokraten, was die Regierung gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedente, veranlaßte am Regierungstische Anfälle von Taubstummheit, während der fremdliche Herr Oberbürgermeister vor Falle eine Antwort dahin gab, daß in „seiner“ Stadt unter 2000 Arbeitslosen sich 1500 „Pennebrüder“ befänden. Wir wissen es nicht, vermuten es aber, daß in Halle mindestens 1500 „Arbeitslose“ vorhanden sind, die in besserer Kleidung und Gesellschaft dem lieben Herrgott den Tag abstecken. „Sie säen nicht, sie ernten nicht und unser himmlischer Vater ernährt sie doch“ — — weil sie in der Wahl ihrer Eltern etwas vorsichtiger waren. Das ist das ganze Geheimnis zwischen einem freiwillig und einem gezwungenen Arbeitslosen, in der Gallorensstadt sowohl wie überall. Schließlich ist es ja gleichgültig, ob man von „Glenen“ oder „Pennebrüder“ spricht, die Arbeiterchaft ist in der glücklichen Lage, über solche Kritiker zur Tagesordnung übergehen zu können.

Wie gesagt, die Arbeiterchaft, speziell die Gewerkschaften, waren in den letzten fünf Jahren nicht auf Rosen gebettet und dieses Verhältnis wird sich auch in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich ändern. Die drohende Verteuerung der Lebensmittel und neue indirekte Steuern in mannigfacher Gestalt werden so manche Lohnerhöhung wieder zu Wasser machen, während gleichzeitig einflußreiche Männer der Reaktion mit heißem Bemühen am Werke sind, den Protest des Volkes zu ersticken durch Beseitigung des gegenwärtigen Wahlrechtes. Lasten über Lasten, Unsicherheit der Existenz, karger Lohn und schmale Kost bilden die Aussichten für die nächsten Jahre. Mit dem Inkrafttreten des Volkstarifes werden neben den anderen indirekten Steuern jährlich an 1000 Millionen Mark in direkter Steuern von den Schultern der breiten Masse des Volkes getragen werden müssen, und während die verächtlichste Parteischattierung der alldeutschen Nationalliberalen für die Verbesserung der ökonomischen Schulverhältnisse in Deutschland terminieren geht, nehmen — Welch ein prächtiges Jdyl! — im heißgeliebten Vaterlande, für das „wir“ Gut und Blut, aber beileibe kein Geld zu opfern gewillt sind, die Lebendigen mit den schmachtigen Schlappohren und den allerliebsten Ringelschwänzchen am Schulunterricht teil, und während die christliche Mildtätigkeit für die Bewohner des Äquators wollene Strümpfe strickt, laufen die Kinder der nordischen Heimat barfuß. Wer sich erdreistet, dies Alles nicht als logisch, notwendig oder statzerhaltend zu finden, ist ein „Reichsfeind“, „nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen“ und muß „verschmettert“ werden!

Der 16. Juni gilt daher dem Kampfe gegen das Unrecht und für das Recht, dem Kampfe für die Freiheit und gegen die Unterdrückung, dem Kampfe gegen die Ausplünderung des Volkes durch eine Handvoll großkapitalistischer Prozen und für ein menschenwürdiges Dasein der Arbeiter, dem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt, dem Kampfe gegen die Finsternis und für das Licht! Wer in diesem Kampfe das Volk, die Arbeiterchaft, die Gewerkschaften unterstützt — nicht mit Worten, sondern mit Taten — diesen Kandidaten, Kollegen, gebt eure Stimme. Das ist am 16. Juni jedes Kollegen Ehrensache und Ehrenpflicht!

# Neues für Maschinenseher.

Wie aus dem Aussage „Maschinenseherfragen“ in Nr. 65 des Corr. hervorgeht, glaubt Herr Otto Höhne in Berlin Veranlassung zu haben, den Wert jenes Teiles unserer Fachschrift herabwürdigend zu büßen, den wir unter obigem Titel den Maschinensehern zum Austausch ihrer Erfahrungen in technischen Fragen eingeräumt haben. Veranlassung zu seinen Vermutungen und Behauptungen gibt ihm der Umstand, daß von einem Mitarbeiter dieser „Ede“, Herrn Fels, bedauerlicherweise ein Manuskript Höhnes verlegt wurde. Das ist ihm Grund genug, sich hingutsetzen und nicht nur gegen seinen Kollegen geistig zu Felde zu ziehen, sondern auch Nichtswürdigkeiten gegen unser Blatt auszustreuen.

Dafür, daß es nur solche sind; folgende Tatsachen: Alle von uns gebrauchten Notizen sind von Maschinensehern verfaßt worden; die Eingänge werden sachlicher Uebersprüfung wegen weitergegeben teils an einen Linotypseher, teils an einen Typographseher. (Notizen über die Monoline lesen nicht ein.) Es ist bisher kein Beitrag zurückgewiesen worden; eine Auslese der Zuschriften hat also nicht stattgefunden.

Mittlerweile hat sich übrigens das vermehrte Manuskript wieder aufgefunden und Herr Höhne kann an der ihm bereits am 6. Juni — also vor Veröffentlichung seines Angriffs — gelangten Korrektur nachprüfen, ob in seiner Arbeit Stellen enthalten sind, welche teils der Fabrikanten als unliebsame Bemängelungen angesehen werden können; wir hatten keine Veranlassung, diesen Beitrag irgendwie wesentlich abzuändern. Damit allein schon fallen die Anschuldigungen gegen unsere Maschinenseher-„Ede“ in sich zusammen und es erübrigt sich für uns, weitere Worte zur Rechtfertigung zu verlieren.

Wir haben mit unserer Einrichtung oft geäußerten Wünschen der Maschinenseher Rechnung zu tragen gesucht, und wie uns Fachgenossen aus verschiedenen Städten mitteilten, ist das unsern Blatte schon vielfach verbandt worden. Es hat auch an Stoff nicht gefehlt, jedoch an ein Abschreiben der Instruktionbücher noch niemand gedacht hat.

Aus dem Vorkommnisse sieht man wieder, wie man in Maschinenseherkreisen schnell fertig mit dem Urteile ist; hinter all' und jedem steckt die „Fabrik“; dagegen tut wirklich der Zusammenschluß aller Maschinenseher not, denn vor solchen Fährlichkeiten werden die Vereinigungen den Einzelnen doch sicher zu bewahren wissen.

Berlin, 9. Juni 1903.

Redaktion der Graphischen Monatschrift  
Deutscher Buch- und Steindruck.

(Kollege Höhne versuchte, seinen Artikel noch zurückzugeben, die betr. Nummer wurde aber bei Eintreffen einer entsprechenden Benachrichtigung bereits expediert. Siehe hierüber auch Briefkastennotiz in Nr. 66. D. Red.)

## Aus dem Auslande.

Der Kollege G. Guénard, Kassierer des französischen Bucharbeiterverbandes, berichtet in dessen Vereinsorgane vom 1. Juni über die Gebarung der Unterstützungskassen für Arbeitslose, Kranke und Reisende im Jahre 1902. Für erstere wurden 43792 Fr. ausgegeben, 14200 Fr. mehr als im vorhergehenden Jahre; die Krankenunterstützung betrug 64044 Francs (13482 Fr. mehr als im Jahre 1901), an Reisende wurden 11963 Fr. (3073 Fr. mehr) gezahlt. Arbeitslos waren 1052 Mitglieder (9,93 Proz.), krank 1725 (16,28 Proz.), beides 135 Mitglieder (1,27 Proz.).

Vor kurzem fand die Generalversammlung der Gründer und Erhalter des vor vier Jahren ins Leben gerufenen Waisenhauses für Kinder von Angehörigen des Buchgewerbes statt. Es beherbergt augenblicklich 15 Waisen, die in einem kleinen Hause der Rue du Montin-Wert untergebracht sind und bei denen die beiden Damen Porta und Jacquin Mutterstelle vertreten. Die Ausgaben im verfloßenen Jahre beliefen sich auf 9751, die Einnahmen auf 19332 Fr., 8698 Fr. sind auf einer Bank hinterlegt. Zum besten dieses philanthropischen Werkes veranstaltet das Zentral Komitee des Bucharbeiterverbandes am 14. Juni eine Festvorstellung im Hotel des Savants zu Paris, bei der Schauspieler, Sänger, Rezitatoren usw. mitwirken. Zum Schluß findet eine Lotterie statt.

Das Bulletin des Arbeitsamtes berichtet vom Monat März, daß in der Provinz J., in Paris 5 Proz. der organisierten Buchdrucker arbeitslos waren. „Die Emittate klagen sehr über Arbeitsmangel, ausgenommen dasjenige der „unabhängigen Typographen“ (lies: Maschinenseher), für welches reichlichere Arbeitsgelegenheit vorhanden ist als im vergangenen Monat infolge Einnehmens der Plätze der Ausständigen.“

Die Jahresversammlung der Union der französischen Buchdruckermeister findet vom 21. bis 24. September in Nantes statt.

Einmütig nahmen die Kollegen in Limoges folgenden Antrag an: Jedes Soldat gewordene Mitglied, das dem Verbands wenigstens zwei Jahre angehört und keine Reste hinterlassen hat, erhält am 1. Mai ein Geschenk von 5 Fr. Ferner soll ihnen das Verbandsorgan umsonst zugefandt werden.

Der Vorstand des Pariser Sehervereins verbot in seinem Lokale den Verkauf von Broschüren oder anderen Veröffentlichungen politischen Charakters.

Die Syndikatskammer der Pariser Korrektoren ist seit dem 1. Juni dem Bucharbeiterverbande wieder beigetreten.

In Bayonne-Biarritz ist beim Prinzipale Lamaignère wegen Nichterfüllung des Tarifes ein Streik ausgebrochen. — Dem Kollegen Claude Gignoux wurde infolge seiner Verdienste als Generalsekretär der Volksuniversität zu Nîmes der Grad eines Offiziers der Akademie verliehen. — Der Druckereibesitzer Delmas in Bordeaux schlägt die Schaffung einer Handelsschule für das Buchgewerbe vor. Sein Programm legt neben dem praktischen Unterrichte ein Hauptgewicht auf die kaufmännische Ausbildung des Leiters einer Druckerei.

In Nr. 693 der Fachzeitschrift L'Imprimerie schildert ein Anonymus nach einem in Printing World erschienenen Artikel den Werdegang des deutschen bekannten Fachschriftstellers Theodor Goebel u. a. wie folgt: „Im August d. J. wird er seine diamantene Hochzeit mit der Buchdruckerin Feiler (Goebel trat 1843 in Waagen in die Lehre) und trotz seiner 74 Jahre noch manches ihm ehrende Werk verfaßen.“

In der gleichen Nummer obengenannten Blattes lenkt dessen Direktor G. Lequatre die Aufmerksamkeit der französischen Zollbehörden auf einen Betrug der ausländischen Maschinenfabriken. Es handelt sich um die sog. Platinpressen, die, als Buchdruckpressen deklariert, 6 Fr. pro 100 kg zahlen, während sie als Papier- und Papbearbeitungsmaschinen 50 Fr. bis zu 250 kg bezahlen müßten. Unter den aufgeführten Maschinen lese ich außer vielen amerikanischen und englischen Namen auch einige deutsche, so: Pöhöniz, Vittoria, Austria, Germania. Vielleicht bewahrt die Zeltüre dieser Zeilen manchen Fabrikanten vor größerem Schaden!

Der Schriftsteller Honoré de Balzac muß ein Genie im Korrekturmachen gewesen sein. Die engültige Herstellung des Sages eines nur drei Oktaven starken Wertes (Ecole des ménages), dessen Satzpreis 216 Fr. kostete, verursachte durch des Autors nachträgliche Streichungen, Veränderungen und Zusätze Mehrkosten im Betrage von 343,50 Fr. Balzac war der Schrecken aller Seher und Verleger; nach Empfang des ersten Korrekturbogens begann bei ihm die Hauptarbeit. Er änderte und verbesserte unaufhörlich; der freie Raum des Abzuges war mit Schrift, einfachen und doppelten Kreuzen, mit Strichen und Ringen, mit griechischen und lateinischen Buchstaben, mit römischen und arabischen Zahlen, kurz mit allerhand Zeichen versehen, so daß eine solche Korrekturseite ein wunderliches Aussehen hatte. Vom ursprünglichen Texte blieb oft nur der allgemeine Umriss übrig; die an den Rand jenen geschriebene Veränderung wurde im gleichen Augenblicke durchstrichen und durch einen neuen Satz ersetzt usw. — Gott behüte alle meine Seher vor derartigen Korrekturmisslingen!

Romanische Schweiz. Der Kollege Fritz Weube in Lausanne beklagt sich bitter, daß die Buchdrucker dieser Stadt bei der Weisheit so lässig gewesen seien: in einem Zuge von etwa 2000 Personen hätte er nur 3 Kollegen gezählt. Er stellt die Deutschen als Muster hin: „Wer hat auf seinem Wege je einen deutschen Arbeiter getroffen, der nicht Sozialist war? Niemand! Können wir das selbe von uns sagen?“ — Der Jahresbericht für 1902 des Verbandes der Buchdrucker der romanischen Schweiz, eine Broschüre von 48 Seiten, wurde, wie alljährlich, der Redaktion des Corr. zugefandt. Wir entnehmen ihm folgendes: Das Jahr 1902, heißt es im Bezirke des Zentralkomitees, war für uns eines der wichtigsten, die wir gehabt haben: an Arbeit fehlte es nicht und mit den Resultaten können wir zufrieden sein. Durch die gemeinsame Regelung des Lehrlingswesens mit den Prinzipalvereinigungen ist ein großer Fortschritt gemacht worden; leider ist die Frage über die Arbeitsbedingungen an den Sehermaschinen noch nicht gelöst, von deren Regelung auch die Mitarbeiter der Gesellen an den Schiedsgerichten abhängig gemacht wird. — In finanzieller Beziehung war das vergangene Jahr ein schlechtes: das Vermögen stieg nur um 741 Fr. und betrug am 31. Dezember 62197 Fr. Der Arbeitsnachweis wurde von 120 Prinzipalen und 149 Kollegen in Anspruch genommen; 83 der letzteren wurden Stellen nachgewiesen. — Aus der statistischen Uebersicht geht hervor, daß den 724 Verbändlern 220 Nichtorganisierte gegenüberstehen; ferner wurden 179 Lehrlinge und 99 Seherinnen gezählt, wovon allein 80 in den Kosterdruckereien Freiburgs beschäftigt sind. — Das Vereinsorgan Le Gutenberg wurde pro Nummer in 1000 Exemplaren gedruckt; seine Ausgaben belaufen sich auf 2502 Fr., wozu die Zentralkasse 2040 Fr. beisteuerte. Es erscheint monatlich dreimal. — Der Bericht der 10 Mitgliedschaften über lokale Vorkommnisse (Versammlungen, Kassenbestand, Bibliothek, Lohnverhältnisse, Unterrichtskurse, Ausflüge usw.) bildet den Beschluß des sehr lehrreichen Büchleins.

## Korrespondenzen.

Bamberg. Nach mehrjährigen vergeblichen Mühen ist es der hiesigen Mitgliedschaft endlich gelungen, dem Tarife den Weg zu bahnen. Unerkant haben 8 Firmen, von denen jedoch nur nachstehende den Tarif voll und ganz zur Einführung brachten: Handelsbruderei (M. M. Schulz), 5 B.-M., Lagedblatt (Dr. Michel), 10 B.-M., 3 B.-M., Neueste Nachrichten (Erst Spandel), 7 B.-M., 2 B.-M., S. Wächter, 1 B.-M. — Die Firma Alkan Döbele beschäftigt zurzeit keinen Gesellen, stellt jedoch bei Bedarf nur Verbandsmitglieder ein. — J. Nagengast be-

schäftigt 1 B.-M., der das Minimum noch nicht erhält, dem aber Zulage versprochen wurde. — Allgemeine Zeitung (B. Siebenbr.) erkannte den Tarif zwar auch an, doch ist die Entlohnung keineswegs tarifmäßig, da von 11 Gehilfen vier noch unter Minimum stehen und auch die Ueberstundenentschädigung nur 35, 40 und 50 Pf. beträgt. Auch läßt die Behandlung des Personales seitens des Geschäftsführers zu wünschen übrig, da die von ihm hin und wieder gebrauchten Ausdrücke im „Knigge“ nicht zu finden sind. Unsern letzten Vorstoß zur Tarifanerkennung benutzte der dortige Metteur, unseren Reihern (diese Günstlingsvereinigung, wie er jetzt den Verband nennt) Balet zu sagen, um seine Ueberstunden-Pfennige für sich behalten zu können. Die Druckerei Franke (Kathol. Volksblatt) erkannte den Tarif auch an, entloht jedoch bei 9 Gehilfen 5 unter Minimum. Auch dieser Herr scheint sich um den Tarif wenig zu kümmern, wie er denn auch einer bei ihm vordringenden Kommissionskurzer Hand die Türe wies. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die betr. Kollegen zu veranlassen, auch diese Firma zu voller Anerkennung des Tarifes zu bringen. In den neuesten Nachrichten und in Tageblatte wurden auch 8 Tage Erholung (mit vollem Lohne) gewährt, was den übrigen Firmen zur Nachahmung bestens empfohlen wird. — Den hiesigen 30 B.-M. stehen 22 B.-M. (1 Gutenberg-Bündler) gegenüber. Einige derselben traten voll und ganz für unsere Forderungen ein. — Die letzten Versammlungen waren etwas stürmischer Natur, jedoch ließ trotz der wichtigen Tagesordnung der Besuch sehr zu wünschen übrig. Einige Kollegen sind seit Jahren schon daselbst nicht mehr zu sehen. — In die Nichtmitglieder richteten wir den Appell, sich endlich unseren Reihern anzuschließen und Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Unseren Mitgliedern aber rufen wir zu: Faltet das Erzeugnisse fest und tretet für den weiteren Ausbau des Tarifes in Bamberg mit allen Kräften ein, getreu unserm Wahlsprüche: Alles für und durch den Verband! — Zum Schluß wünschen wir, daß eine Einigung der Herren Prinzipale zu Stande käme, damit der hier herrschenden Schmuckkonkurrenz (hauptsächlich bei den Submissionen) ein Ende gemacht würde, was im beiderseitigen Interesse mit Freunden zu begrüßen wäre!

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) Der Juni-Vermählung lag der Jahresbericht des Leipziger Vereins vor, welcher einer kurzen Besprechung unterzogen wurde. Von den Vereinsmitteilungen sei hervorzuheben, daß der Deutsche Maschinenseherverein (Gutenberg-Bündler) versucht hat, eine Statistik über die Sehermaschinenverhältnisse aufzustellen, dabei aber (laut Typograph) zu einem traurigen Ergebnisse gelangte, da er nicht die nötige Unterstützung der Kollegen und der Ortsvereine (nur vier hätten berichtet) fand. Man erinnerte sich der geistigen Weise, in welcher der Typograph gegen die Aufnahme unserer Statistik loszog, die trotzdem ein glänzendes Ergebnis zeitigte. Ferner wurde mitgeteilt, daß bei einem Wettspejen ein Pariser Seher in der Stunde 260 Zeilen Kolonell auf 14 Cicero Breite gesetzt haben soll, des weitern, daß eine englische Firma bei Einführung der Sehermaschine den entlassenen Sehern eine Entschädigung von 200 Mk. zahlte und den Sehern, welche eine längere Reihe von Jahren im Geschäft tätig waren, falls sie keine andre Kondition bekommen sollten, eine lebenslängliche Rente von 10 Mk. pro Woche aussetzte. Sympathisch begrüßte man die Neuierung im Rheinischen Anzeiger, wonach die Bezeichnung M.-B. fortfallen und unartmäßige Angebote keine Aufnahme finden sollen. Auf Wunsch des Kollegen Numme (=München) hat der Verein den letzten Absch seiner Statistik nochmals durchgesehen, kam aber nicht zu der Ueberzeugung, denselben entstellt zu haben. Daß es möglich ist, in der Zeitung beim Romane und Feuilleton das 3/4fache des Handsehers zu leisten, wurde zugegeben, aber im bessern Wert- oder gemischten Satze ist es ganz ausgeschlossen. Uebrigens ist ja nicht angegeben, welchen Systemes diese Maschine ist, oder sollte das gleich sein? Wenn jede Maschine das 3/4fache des Handsehers liefern würde, so würde bei der großen Zahl der Maschinen die Konditionslohnzahl nicht 2860 betragen (wie sich aus der letzten Aufstellung ergibt), sondern gegen 4500. Dies dürfte dem Kollegen Nummel genügen. Unter Verschiedenem wurden die Zustände in der Typograph-Schule besprochen, wo von den lernenden Kollegen immer noch guter Satz hergestellt wird; die Entlohnung beträgt 40 Pf. pro Stunde. Geeignete Schritte bei dem Gausvorsteher und dem Tarif-Ausschuß werden unternommen werden. — Unser drittes Stiftungsfest findet am 12. Juli in Baumshulenberg, Rest. Ackermann, statt. Die Kollegen werden ersucht, ihre Anmeldeung der teilnehmenden Personen und Kinder (mit Alter der letzteren) bis zum 20. Juni an Kollegen C. Schindhelm, Druckerei Vorwärts, Lindenstraße 69, gelangen zu lassen. — Anwesend in der Versammlung, in welcher drei Kollegen aufgenommen wurden, waren 60 Mitglieder und ein Gast. Nächste Versammlung 5. Juli.

Freuden. Am 13. Juni feiert Herr Jul. Mundelt, Prokurist der Firma Arthur Schönbach (Verlag des Adreßbuches) sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Der Jubilar, ein Mitbegründer des Verbandes, hat es sich jederzeit angelegen sein lassen, vermittelnd zur Schlichtung von Streitigkeiten beizutragen. Herr Mundelt die herzlichsten Glückwünsche zu einer noch langjährigen Berufstätigkeit!

Frankfurt. In der letzten gut besuchten Versammlung des Ortsvereins wurde nach kurzer Debatte

folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, am 8. Juni, tagende Versammlung nimmt mit Entrüstung von der Handlungsweise der österreichischen gegenüber den deutschen Kollegen Kenntnis und spricht ihr tiefes Bedauern über diese Vorwände aus. Da dies ein Hohn auf die erst neuerdings in Straßburg wieder befestigte Gegenseitigkeit ist, erwartet sie von dem Zentralvorstande die Aufhebung des Gegenseitigkeitsvertrages.

**Hamburg-Altona.** Das diesjährige Pfingstfest war von der Grabschönen Liebertafel Bielefeld und der Liebertafel Gutesberg, Hamburg-Altona, aussersehen zu einem Besuche der Hannoveraner Typographia. Für die Hamburger sollte es eine Erneuerung der vor zwei Jahren in Hamburg geknüpften Freundschaftsbande sein, für die Bielefelder galt es, neue Freunde zu finden und beides ist in vollstem Maße gelungen. Es mag hier gleich gesagt sein: Hochgespannt waren die Erwartungen, aber weit übertraffen wurden dieselben von dem Gebotenen! Der Meigen wurde eröffnet mit „einem“ Empfangsschoppen am Sonnabend-Abende. Sonntag-Morgen zwanglose Besichtigung der Stadt, hieran anschließend der offizielle Empfang im Livoli. Begrüßungsansprachen hielten der Vorsitzende der Hannoveraner Typographia Kanowski, der Gaudovortrager Klapproth sowie der Vorsitzende des Lokalbundes Hannover Fritsche, welsch letzterer in beredten Worten besonders die Bedeutung des Gesanges für den Verband, in agitatorischer Hinsicht sowohl als auch zur Hebung der Kollegialität unter den Verbandsmitgliedern selbst, feierte. Der stürmische Beifall, welcher seinen Worten folgte, war der beste Beweis, wie sehr der Redner damit den „richtigen Ton“ getroffen hatte. Nach Beendigung des Kommerzes gemeinschaftliche Mittagstafel, hierauf Spaziergang durch die Eilenriede. Von 4 Uhr an Gartenkonzert im Livoli, abends 7 Uhr Festabend derselbst. Ein außerordentlich reichhaltiges Programm hielt die Teilnehmer an denselben bis spät in die Nacht hinein in fröhlichster Stimmung beisammen. Am zweiten Festtage morgens Fahrt per Straßenbahn nach dem prachtvoll gelegenen Bergasthause Niederjahren, nachmittags Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Herrenhausen; dann nachte die Trennungskunde. Begleitet von den Hannoveraner Kollegen ging's zum Bahnhof; hier noch ein letzter Händedruck, ein letztes Lebewohl — und fort rollte der Zug, den heimatischen Penaten zu — unübergeßlich werden diese festlichen Tage in der Erinnerung aller fortleben, ein Verdrüßensfest in des Wortes wahrster Bedeutung! Den Hannoveraner Kollegen, insbesondere aber den Sangesbrüdern, an dieser Stelle nochmals: Herzlichsten Dank!

**Leipzig.** Der Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker hielt am 29. Mai eine von über 100 Kollegen besuchte Versammlung ab. Unter Geschäftlichem brachte der Vorsitzende Dieze unter anderem die nun fertiggestellte Statistik über unsere Berufsverhältnisse am Orte zur Kenntnisnahme. In 27 Offizinen, von denen Bericht vorlag, wurden beschäftigt: 73 Stereotypen, 83 Galvanoplastiker, 7 Stereotypen-Galvanoplastiker und 1 Seher-Stereotypen, deren 45 Lehrlinge, 40 Hilfsarbeiter und 21 Arbeitsburden gegenüber standen. Organisiert waren 142 Kollegen, davon 108 im Verbande. Leider mußte der Vorsitzende konstataieren, daß kein einziger Zeitungsstereotypen dem Verbande oder der Spezialorganisation angehöre, was jedenfalls auf die „jetten Freunden“ zurückzuführen ist, die dieselben innehaben. Die Lohnverhältnisse sind in einzelnen Anstalten noch recht mäßige und schwanken zwischen 18 bis 26 Mk. Die Arbeitszeit ist eine 9stündige, in einem Betriebe jedoch 9 1/2 Stunden. Die Entschädigung für Überstunden wurde ungefähr zur einen Hälfte mit den tariflichen Normen, zur andern Hälfte auf Grundlage des Geherszuschlages bezahlt. Hieran anknüpfend bemerkte der Vortragende, daß dem Berichte zufolge noch sehr ungünstige Verhältnisse in unserm Gewerbe existierten, welche sich nicht im mindesten mit den Beschlüssen des Hamburger Delegiertentages deckten. In der nun folgenden Debatte sprachen sich sämtliche Redner für unbedingte Regelung der Hilfsarbeiterfrage, Lehrlingskata, Lohnverhältnisse und Überstundenbestimmung aus und zwar auf Grundlage des deutschen Buchdruckerartikels. Im Laufe der Debatte ging folgende Resolution ein: Die heute am 29. Mai im Restaurant Stadt Hannover verammelten Mitglieder des Vereins der Stereotypen und Galvanoplastiker halten es endlich an der Zeit, die auf dem Hamburger Delegiertentage gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Sie erwarten in Anbetracht der sehr minimalen Forderungen mit aller Bestimmtheit ein Entgegenkommen der Herren Prinzipale, die in Bezug auf die Schmuckkonkurrenz auch ein Interesse an geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, damit Leipzig als zweitgrößte Druckstadt nicht mehr als letzte in Lohnfragen hinstinkt. — Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Dann wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche die aufgestellten Forderungen den Prinzipalen schriftlich zu unterbreiten und später eventuell mit denselben zu verhandeln hat. Nachdem noch in einigen Offizinen herrschende Mißstände zur Sprache gebracht und einige Interna erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die zahlreich besuchte Versammlung.

**Aus dem Gau Schlesien.** Die gegenwärtige Lage im Gau, speziell das Verhältnis zwischen dem Gaudovortrager und den einzelnen bzw. einigen Bezirksvorständen, wie auch die Stimmung unter einem großen Teile der Provinzkollegen kann als eine besonders erfreuliche nicht bezeichnet werden. Die Ursache hierzu liegt in der seit

1. April d. J. erfolgten Anstellung eines Gaudovortragers. Wie bekannt, beschloß der am 31. August v. J. in Siegen abgehaltene Gantag mit 27 gegen 14 Stimmen, einen Gaudovortrager anzustellen und die hauptsächlichst hierüber behagte Vertragserfüllung um 5 Pf. wurde ebenfalls mit 26 gegen 15 Stimmen bewilligt. Der Antrag ging von Breslau aus und figurerte bereits auf dem 1899 in Breslau abgehaltenen Gantage, wo er jedoch abgelehnt wurde, indem damals die Provinzdelegierten dagegen stimmten. Diesmal hatten die Breslauer mit ihrem Antrage mehr Glück, da außer ihnen noch die Delegierten aus den Bezirken Glogau, Gorkitz und Neisse für den Antrag stimmten. Jedenfalls sind sich aber wohl verschiedene der Herren Delegierten über die Tragweite ihrer Abstimmlung bezw. des Beschlusses nicht ganz klar gewesen. denn sonst würden wir nicht jetzt das erhebende Schauspiel genießen, daß 3 Bezirke, worunter 2 (Glogau und Neisse), deren Delegierte für den Gaudovortrager gestimmt, nachträglich gegen die vom Gaudovortrager in Besoldung des Beschlusses getroffenen Maßnahmen protestieren! Die Proteste stützen sich hauptsächlich darauf, daß durch die jetzige Handhabung der Geschäfte die Bezirkskassierer in den Bezirken, wo keine Bezirkskassen bestehen, so gut wie überflüssig geworden und in den Bezirken mit Bezirkskassen nur auf die Verwaltung der letzteren beschränkt sind, daß infolgedessen den Mitgliedern der Bezirksvereine unter einander jeder Zusammenlaß verloren geht und dadurch die Agitation in den Bezirken sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht wird, und daß auch die bestehenden Bezirkskassen in ihrem Fortbestehen gefährdet seien. Alles dies ist sehr richtig; nur schade, daß diese Erkenntnis zu spät kommt! Hätte man am Gantage auf die warnenden Stimmen der Gegner des Antrages gehört und wären die Provinzdelegierten unter sich einig geblieben, so wäre der Antrag Breslau auf Anstellung des Gaudovortragers abgelehnt worden und die ganze unruhige Situation, in der wir uns jetzt befinden, wäre uns erspart geblieben! Wir behaupten auch heute noch, daß für die Provinz absolut kein Bedürfnis vorlag, an den alten bewährten Institutionen zu rütteln; es haben sich noch immer in jedem Bezirke befähigte Kollegen gefunden, die gewillt waren, als Vorsteher oder Kassierer ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen. Ebenso war weder der Gaudovortrager noch der Gantagier amtsmüde und die Breslauer hatten in der Person des Kollegen Schubert ebenfalls einen tüchtigen Kassierer. Wollten die Breslauer durchaus einen „Verwalter“ haben, so konnten sie ja für sich selbst einen solchen anstellen. — Nun wird seitens der Protestierer zu ihrer Entschuldigung geltend gemacht, daß man sich am Gantage in dem guten Glauben befunden habe, daß auch nach Annahme des Antrages Breslau die Bezirksverwaltungen so wie bisher bestehen bleiben und an den bewährten Institutionen nicht gerüttelt werden dürfe. Diese Ansicht ist sehr naiv, schon deshalb, weil die Gegner des Antrages ausdrücklich auf die Konsequenzen deselben aufmerksam gemacht und weil, soweit wir informiert sind, in denjenigen Gauen, welche schon Verwalter besitzen, die Verbandsbeiträge seitens der Vertrauensmänner, Ortskassierer und einzelnen konditionierenden Mitglieder direkt an den Gaudovortrager eingezahlt werden. Wir halten deshalb die Proteste für zwecklos, am allerwenigsten können wir uns für Einberufung eines Außerordentlichen Gantages erwärmen, welcher der Gantage wohl wieder so gegen 1000 Mk. kosten würde; in jetziger Zeit brauchen wir unser Geld notwendiger! Dem Gaudovortrager kann man betreffs seiner getroffenen Maßnahmen keinen Vorwurf machen, denn er führt einfach die gefaßten Beschlüsse aus. Es wäre deshalb richtiger, man stelle sich auf den Boden der Tatsachen, wie dies bereits einige Bezirke getan, denn Geschehenes läßt sich nicht mehr ändern; der Gaudovortrager ist auf 3 Jahre gewählt und wir müssen nun sehen, wie wir uns mit der neuen Einrichtung abfinden. Ein andermal etwas mehr aufgepaßt, ihr lieben Provinzler!

**Stettin.** Die Firma Herrcke & Lebeling bewilligte für fünf Gehilfen je 8 Tage, die Firma Frik Herbert (Volksbote) für elf Gehilfen je 8 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes.

## Kundschau.

**Preßprozesse.** Eine Steinmetzfirma in Dresden lehnte sich weber an die zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffenen Abmachungen betreffs der Lohnzahlung, ebenso wenig an die der Hausleitung eines Staatsgebäudes gegenüber eingegangene Verpflichtung, tunlichst inländische Arbeiter zu beschäftigen. Dieses Gebahren war von der Sächs. Arbeiterzeitung und dem „Steinarbeiter“ einer scharfen Kritik unterzogen worden. Die eingereichte Klage hatte die Verurteilung des Redakteurs vom „Steinarbeiter“ zu 100 Mk. zur Folge, während die gegen die Sächs. Arbeiterzeitung und den Vertrauensmann der Organisation mit einem Vergleiche endete, der von den Angeklagten angenommen wurde, weil die erforderlichen Zeugen (italienische Arbeiter) inzwischen wieder abgereist waren. Das Referat über diese Verhandlung in beiden Blättern gab zu einer neuen Klage Anlaß und beide Redakteure wurden zu je 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur der Sächs. Arbeiterzeitung legte hiergegen Berufung ein mit dem Erfolge, daß die Strafe auf 200 Mk. herabgesetzt wurde. Das Landgericht gestand zwar zu, daß das Verhalten der klägerischen Firma bis zu einem gewissen Grade geeignet sei, die Arbeiter und

auch die Unternehmer zu schädigen, aber es könne der Presse nicht das Recht zuerkannt werden, Mißstände in einer andere beleidigenden Weise zu besprechen. Und die Beleidigung wurde besonders in dem Ausbruche „Scharfmacher schlimmerer Art“ und dem Auführen gefunden, daß der Kläger nicht als ein Mann zu erachten sei, der befreit ist, die Lebenslage seiner Arbeiter auf ein höheres Niveau zu stellen. — Der Simplizissimus hat die „Darstellung von zwei, je einem menschlichen Gefäße nachgebildeten Mechanismen gebracht, in deren hintere Öffnung je eine nach der Ueberschrift „Gesandten-Vernehmung“ wie nach dem beigegebenen Texte als angehörender deutscher Diplomat zu erachtende männliche Figur geschoben wird resp. kriecht“. Redakteur und Zeichner wurden dieserhalb wegen groben Unfugs angeklagt. Die drei von der Verurteilung zu Rate gezogenen Sachverständigen stellten dem Simplizissimus im allgemeinen das beste Zeugnis aus, dem sich auch der Antragsanwalt anschloß, nur waren die Meinungen über das fragliche Bild geteilt. Während die Sachverständigen daselbe in Rücksicht auf den gewollten Zweck als ein wohl gelungenes bezeichneten, vertrat der Antragsanwalt die Ansicht, daß die Art, wie der bewußte Körperteil im Bilde zum Ausdruck gebracht worden, den ästhetischen Gesetzen der Kunst nicht entspreche, das Publikum sei in seiner unbestimmten Allgemeinheit durch die Zeichnung belästigt worden, es liege somit eine Gefährdung und Verletzung des öffentlichen Anstandes und der guten Sitte vor; sein Strafantrag lautete auf drei Wochen Haft für den Zeichner (Maler Heine) und acht Tage Haft für den Redakteur. Das Urteil begünstigte sich mit 30 Mk. Geldstrafe für jeden der beiden Angeklagten und Einziehung der Platten und Nummern.

Neben der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes (s. vor. Nummer) fand in Berlin zu Pfingsten eine Konferenz der Former und Gießereiarbeiter statt zum Zwecke der Herbeiführung einer intensiveren und planmäßigen Agitation und Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es hatten sich dazu 45 Delegierte aus 35 Orten eingefunden. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Erwartung ausdrückt, daß zur Wahrung der speziellen Berufsinteressen der Former und Gießereiarbeiter in allen Bezirken des Metallarbeiterverbandes Agitationskommissionen gegründet und den Bezirksleitern zur Seite gestellt werden. Diesen Kommissionen wurde die Bildung von freiwilligen Fonds empfohlen. Eine zweite Resolution verlangt die Veranstaltung einer Enquete über die zurzeit bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießereiarbeiter, um später auf Grund des gesammelten Materials eine allgemeine Lohn- resp. Tarifbewegung vorzubereiten.

Der Verband der Glasarbeiter hielt seine sechste Generalversammlung in Dresden ab. Vertreten waren 47 Orte durch 66 Delegierte. Der Verband leidet noch an den Nachwehen des Generalfreistrits (die Mitgliederzahl ging um rund 3000 zurück und beträgt zurzeit 5300), der denn auch in den Geschäftsberichten die Hauptrolle spielte. Nachdem man sich darüber klar geworden, daß die Leiter des Streiks nur ihre Schuldigkeit getan und ihnen keinerlei Vorwürfe gemacht werden könnten, ging man zur Festlegung der Beiträge über. Es wurde beschlossen, diese in vier Klassen zu erheben: 20, 30, 40 und 50 Pf. wöchentlich, je nach dem jährlichen Einkommen. Eine örtliche Kontrollkommission überwacht die Einreichung der Mitglieder in die ihnen zukommenden Klassen. Danach klassifiziert sich auch die Arbeitslosen-Unterstützung, pro Tag 60, 90, 120 und 150 Pf., nach dreijähriger Mitgliedschaft erhöhen sich diese Sätze um 20, 30, 40 und 50 Pf. Im übrigen kann die Unterstützung bei Aussperrung, Maßregelung usw. ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft, aber nur mit Genehmigung des Hauptvorstandes, erhöht werden. Von den sonstigen Beschlüssen ist eine Annahme zu erwähnen, die gegenüber den Arbeitswilligen vom Generalfreistrit, natürlich mit Auslese, erlassen werden soll. Das Streikreferat wurde dahin verhängt, daß bei Angriffsfreistrit drei Viertel der betreffenden Kollegen dem Verbande mindestens 52 Wochen angehören müssen und der Vorstand vier Wochen vorher zu benachrichtigen ist. Auch die Unterstützungsätze wurden neu normiert. Behufs einer kräftigen Agitation für den Verband wurde das Reich in acht Agitationsbezirke eingeteilt, deren Kommission mit dem Hauptvorstande in steter Fühlung bleiben sollen. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem Arbeitsnachweise und trat für die „gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage“ ein. Schließlich wurde das Bekleidungsweien einer Kritik unterzogen und die in dieser Beziehung vorhandenen Wünsche ebenfalls in einer Resolution niedergelegt. Der Sitz des Vorstandes verbleibt in Berlin, der des Ausschusses in Dresden, der der Preßkommission in Fürth.

Der deutsche Töpferverband hielt seine sechste Generalversammlung in Weissen ab, bei Anwesenheit von 484 Delegierten. Der Verband zählt zurzeit in 143 Filialen 8644 Mitglieder und 420 Einzelmitglieder: 5127 Ofenmacher, 3093 Werkstubearbeiter und 520 Scheibentöpfer. Der Wechsel im Mitgliederbestande ist ein ganz erheblicher. Seit der letzten Generalversammlung wurden 5200 aufgenommen und 3500 schieben aus. Für 37 Streiks während der letzten zwei Jahre wurden 47712 Mk. ausgegeben. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit 84000 Mark. Ueber die Geschäftsberichte fand zwar eine eingehende Debatte statt, ein Beschluß zur Sache wurde aber nicht gefaßt, wohl aber ein Antrag angenommen, der

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

sozialdemokratischen Partei 1000 Mk. zum Wahlkampf zu übermitteln. Eine gleich ausgebreitete Debatte fand über Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung statt. Beschlossen wurde, mit 29 gegen 19 Stimmen, eine Urabstimmung darüber entscheiden zu lassen. Die weiter gefassten Beschlüsse nehmen ein allgemeines Interesse nicht in Anspruch.

Durch Entscheid des Landgerichtes Berlin wie Kammergerichtes ist den Unternehmern das Recht zugestanden worden, einen mißliebigen Arbeiter auf die Dauer die Erwerbsmöglichkeit zu rauben. Der Vorwärts teilt über einen Fall dieser Art das Folgende mit: Der Wuppertaler St. war auf Veranlassung der Berliner Firma K. & Th., die ihn wegen Ermunterung seiner Arbeiterkollegen zum Anschlusse an die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft entlassen hatte, vom Metallindustriellen-Verbande auf die schwarze Liste gesetzt worden. Das hatte auch die Verweigerung des Arbeitsnachweises dieses Unternehmervverbandes zur Folge. Infolge der Berufserklärung wurde St. auch von der Firma K., wo er nach der Entlassung durch K. Arbeit erhalten hatte, wieder entlassen. Erst nach geraumer Zeit erhielt St. außerhalb seines Berufes die Gelegenheit zu einem, wenn auch erheblich geringeren Verdienste als er ihn in seinem Beruf hatte. Für den erlittenen Schaden machte er die Firma K. & Th. verantwortlich, indem er beim Landgerichte auf Schadenersatz klagte, zunächst in Höhe von 1600 Mk. Unter andernm berief er sich auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach zu Schadenersatz verpflichtet ist, wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorfälligen Schaden zufügt. Das Landgericht wies die Klage ab und führte u. a. aus: Wenn auch die Beklagten K. & Th. dem Kläger vorfälligen Schaden zugefügt haben mögen, so liegt ihrerseits doch kein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Auf Grund der Verhandlung rechtfertigte sich die Annahme, daß der Kläger nicht wegen Zugehörigkeit zu seiner Organisation, sondern wegen seiner Agitation unter den andern Arbeitern der Beklagten von dieser entlassen und dem Verbandsverband der Industriellen angezeigt worden sei. Diese Agitation sei zwar, da die Beklagte nicht behauptet, daß sie in einer nach § 153 der Gewerbeordnung strafbaren Weise stattgefunden habe, das Recht des Klägers gewesen, aber nicht jede Rechtsausübung sei zu billigen. Der Kläger bestreite, daß seine Agitation zur Befestigung und zur Verschärfung zweier Arbeiter geführt habe. Auf jeden Fall sei aber anzunehmen, daß sie eine Befestigung seiner Mitarbeiter, mit denen er unausgesetzt in Verbindung kam, Zwistigkeiten unter den Arbeitern der Beklagten und Ausschreitungen aller Art zur Folge haben konnte, ganz abgesehen von der Unruhe und Unzufriedenheit, die sie hervorgerufen müßte und die den Arbeitsleistungen ungenügend sei. Statt dies jedoch einzusehen und wenigstens auf die Vorhaltung des Direktors K. zu reagieren, habe Kläger diesem geantwortet, daß er ja nur von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht hätte. Damit habe Kläger zu erkennen gegeben, daß er gewillt sei, auch in Zukunft unter seinen Arbeitskollegen für die Gewerkschaft zu agitieren. Ein solcher Arbeiter eigne sich aber nicht zur Beschäftigung in Fabriken, wo er fortwährend mit einer großen Zahl anderer Arbeiter in Verbindung komme, möge er auch sonst in seinem Fache brauchbar sein. Die Beklagte gehöre nun einem Verbandsverbande solcher Fabriken an. Diese suchten sich durch das Einfordern einer Bescheinigung ihres Arbeitsnachweises vor der Einstellung ungeeigneter Arbeiter zu schützen. Wenn nun der Beklagte gemäß den Satzungen und Beschlüssen seines Verbandes diesem Verbandsverbande den Kläger als ungeeignet bezeichnet habe, um die Verbandskollegen vor Schaden zu bewahren, dann könne ein Verstoß gegen die guten Sitten darin nicht erblickt werden. Uebrigens gehörten auch nicht alle Berliner Metallindustriellen dem Verbandsverbande an. Wegen dieses Urteiles trat beim Kammergerichte Berufung ein. Der Klagenantrag wurde in der Berufungsinstantz noch näher präzisiert und beantragt, die Firma K. & Th. zu verurteilen, den durch die Ausschließung entstandenen Schaden bis zur Höhe von 2100 Mk. zu ersetzen. Zur Begründung der Berufung wurde ausgeführt: Die Sperre sei eine dauernde, denn sie gehe jetzt schon ins dritte Jahr. Eine solche dauernde Sperre sei, abgesehen von allem andern, auf jeden Fall etwas Unlauteres. Es sei keinem Menschen das Recht gegeben, einem andern dauernd die Erwerbsmöglichkeit in seinem Beruf zu entziehen. Das sei hier geschehen. Werde in Berlin jemand gesperrt, dann ergehe eine Anzeige an den Verbandsverband der deutschen Metallindustriellen, dem der Berliner Verband angehöre, und der Hauptverband beauftragte wieder die Vorstände der einzelnen Gruppenverbände. So werde in ganz Deutschland die Erwerbsmöglichkeit beschränkt. Für die Forderung auf Schadenersatz genüge übrigens schon eine erhebliche Verminderung des Arbeitsmarktes für den Arbeiter. Durch verschiedene Zeugnisaussagen sei glaubhaft gemacht, daß durch die

Sperre dem Kläger das Fortkommen in seinem Beruf unmöglich gemacht, zum mindesten aber fast unmöglich gemacht worden sei. Für den Schaden müsse die beflagte Firma haften, da ohne ihre Anzeige die Sperre nicht verhängt worden wäre. Sie sei Mittäterin und Aufstifterin; sie habe sich mit einer großen Anzahl von Erwerbskollegen in dem Verbandsverbande, in dieser Weise gegen nicht genehme Arbeiter vorgehen. Die Sperre beruhe auf einer gemeinschaftlichen Verabredung von Erwerbskollegen. Selbst wenn, wie K. & Th. behaupten, St. unbefähigt gewesen wäre, so würde das doch niemals die Sperre, die Vernichtung der Existenzmöglichkeit in seinem Beruf rechtfertigen. Der Schadenersatz-Anspruch auf Grund der Sperre bliebe ohne weiteres bestehen. Das Kammergericht wies jedoch am 5. Juni die Berufung St. ab und der latonischen Begründung ab, der oben zitierte § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches fände hier keine Anwendung. Die verurteilte ober unvollständig erfüllte Verpflichtung nach den Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes kann für den Unternehmer recht unangenehme Folgen haben. Zwei solche Unternehmer in Breslau und Berlin haben laut Gerichtsentcheid nicht nur die durch diese Verurteilung den Versicherten verloren gegangene Rente (124,50 bezw. 125,40 Mk.), sondern auch noch eine empfindliche Geldstrafe und die Gerichtskosten zu zahlen.

In den Ausstand traten neuerdings die Zinngießer in Nürnberg, die Kürschner in Stuttgart, in Weuthen und Hirschberg die Maurer. — Die Ausschließung in Jferlohn ist zu Ende. Die Arbeiter haben zehn Wochen lang ihre Organisation gekämpft und schließlich den Sieg davon getragen. Die Fabrikanten mußten auf den Beschluß, keine organisierten Arbeiter einzustellen, verzichten und der Bildung von Arbeiterausschüssen zustimmen.

Der Ausstand von 1200 Arbeitern der Zweigniederlassung der Destr. Färbereimerei in Neupetz ist von neuem ausgebrochen. Die Direktion der Gesellschaft glaubte die gemachten Zusagen wieder rückgängig machen zu können, nachdem die Arbeiter ihre Plätze eingenommen hatten. Im Hafen von Barcelona sind die Kohlenausläder ausständig. — In Bern sollen 2000 Bauarbeiter ausgesperrt werden, weil die seit acht Wochen streikenden Zimmerer sich mit dem Angebote von 45 bis 55 Cents Stundenlohn nicht begnügen wollen und 45 bis 55 Cents verlangen. In Luzern haben die Zimmerleute eine Lohnhöhung um 3 bis 4 Cents pro Stunde durchgesetzt.

Aus Norwegen teilten wir in Nr. 60 mit, daß das Odelsthing, der Ausschuß der Volkvertretung (Storting), dem neue Gesetze zuerst vorgelegt werden, eine Gesetzesvorlage, welche bestimmt war, den Fachvereinen eine gewisse Bewegungsfreiheit zu gewähren, durch eine Korrektur in ihr Gegenteil verkehrte. Das Lagthing (die übrigen Mitglieder des Storting) strich aber diese Verbesserungen und sandte den Entwurf an das Odelsthing zurück. Dieses hat nun beschloffen, das Gesetz überhaupt zurückzustellen. Von Rechts wegen hätte daselbe eigentlich in gemeinschaftlicher Sitzung beraten werden müssen. — Die Arbeiter werden nun etwas Dampf dahinter machen müssen, wenn sie zu ihren Rechten kommen wollen.

In Frankreich fanden im Jahre 1902 nach Mitteilungen des dortigen Arbeitsamtes insgesamt 223286 Betriebsunfälle statt. Davon hatten 1445 den Tod zur Folge und 3970 dauernde Arbeitsunfähigkeit. Die meisten Unfälle ereigneten sich in der Metall- und Maschinenindustrie (44644), im Transportgewerbe (34633) und im Baugewerbe (31973).

## Gestorben.

In Bielefeld am 2. Juni der Seherinvalid Eduard Flachmann von da, 45 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Dortmund am 6. Juni der Seher Hob. Richter aus Weisteln i. Schl., 39 Jahre alt — Kopfprose.  
In Hannover am 4. Juni der Drucker Heinrich Warnede aus Hannover, 46 Jahre alt — Bauchwassersucht.

In Heilbronn am 7. Juni der Korrektor Louis Wisthaler aus München, 65 Jahre alt.

In Leipzig am 3. Juni der Seherinvalid Friedr. Karl Teufcher aus Meuditz, 45 1/2 Jahre alt — Kehlkopfwindpocken; am 6. Juli der Invalid Friedr. Herrn. Vogel, 53 Jahre alt.

In Mannheim am 6. Juni der Seher Friedrich Kühn aus Gotha, 36 Jahre alt — Schwindsucht.

In Neuzal a. O. am 5. Juni der Drucker Karl Bergth aus Breslau, 26 Jahre alt — Schwindsucht.

In Pápa (Ungarn) am 20. Mai der Drucker Ludwig Weintraub, 30 Jahre alt.

In Straßburg i. E. am 28. Mai der Faktor Friedr. Emil Knittel, 55 1/2 Jahre alt.

In Bilingen am 5. Juni der Seher Eugen Buri, 25 1/2 Jahre alt — Rückenmarkschwindsucht.

In Wien am 27. Mai der Seher Theodor Johann Saworszky, 24 Jahre alt.

In Zürich am 21. Mai der Faktor Jakob Kappeler aus Dielsdorf, 38 Jahre alt — Schwindsucht; am 3. Juni der Seher Gottlieb Burger aus Fahrwangen, 45 Jahre alt.

## Briefkasten.

M. L. in St. Pölten: Derartige Mitteilungen liegen eine ganze Anzahl vor und werden wir, wenn notwendig, auch darauf noch zurückkommen. — S. in X.: Der im Rindigungsverhältnisse stehende Gehilfe hat Anspruch auf den ausbedungenen und bisher gezahlten Lohn. — W. D. in Pforzheim: Das will von Fall zu Fall beurteilt sein. Gewiß, er kann ausgeschlossen werden, ob er aber ausgeschlossen werden muß, das hängt von so viel Nebenumständen ab, die wir als Fernstehender nicht beurteilen können. Wir würden, wie hier der Fall liegt und da doch niemand geschädigt ist, Milde empfehlen, denn „Einder sind wir allzumal und ermangeln des Ruhmes!“ — A. Sch. in Swinemünde: Beide Fragen sind mit bindendem Entscheide nur vom Verbandsvorstande zu beantworten. Inre Auskunft ist daher überflüssig. Wir werden Ihr Schreiben an den Verbandsvorstand gelangen lassen.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW. 29, Chamißplatz 5, III.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Urteilsfall haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Bissler, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marinus Corboz, Lausanne, Chalet du Midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balscechi, Lugano, piazza Liceo 60; Elsaß-Lothringen an Alphonse Schmoll, Straßburg, Brunnengäßchen 5; Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25; Belgien an Arthur van Haesebrouck, rue de College 180, Bruxelles, Brüssel. Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Státhy-utca 7; Preußen an Samu Löwy, Freiburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Polz, Amsterdam, Woensstraat 60huis; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

### Der Verbandsvorstand.

Frankfurt-Hessen. Die in Nr. 64 des Corr. unbefugter Weise erklärte Sperre der Druckerei Wagner in Bad Nauheim für Verbandsmitglieder wird hiermit durch den Gauvorstand aufgehoben.

Odergau. Wir ersuchen die verehrlichen Bezirksvorstände, etwaige Wünsche auf Regulierung der Bezirke, b. h. Zuteilung unbequem liegender Druckorte zu einem andern Bezirke, bis zum 25. Juni an den Gauvorstand gelangen zu lassen. Wir werden dann die getroffenen Änderungen auf dem Zirkularwege vor dem Reudrucke des Hauptamtes nochmals zur gef. Durchsicht den Bezirksvorständen unterbreiten.

Bezirk Dortmund. Der Seher Karl Raumann aus Bitterfeld wird aufgefordert, sofort einen Beitrag von 1,35 Mk. an den Kassierer H. Gierig, Kießstraße 5, II, einzusenden.

Bezirk Münster. Die nächste Bezirksversammlung findet am 28. Juni in Münster statt. Urträge hierzu sind bis zum 21. Juni an den Vorsitzenden H. Janßen, Wefelerstraße 90, einzusenden.

Hulstort. Die Adresse des Vorsitzenden lautet vom 15. Juni ab: Willy Salz, Mühlstraße 4.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Arnberg der Seher Heinrich Baader, geb. in Balve 1882, ausgel. in Jferlohn 1900; war schon Mitglied. — In Jferlohn die Seher 1. Friedrich Dübe, geb. in Jferlohn 1869, ausgel. das. 1888; 2. Wilh. Einselder, geb. in Jferlohn 1875, ausgel. das. 1893; waren schon Mitglieder; 3. Bernhard Friesendorf, geb. in Jferlohn 1883, ausgel. das. 1901; 4. Max Kühmann, geb. in Jferlohn 1882, ausgel. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Lüdenscheid der Seher Alfred Wranzow, geb. in Berlin 1878, ausgel. in Wittenberge

